

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Peter Ritter, Fraktion DIE LINKE

**Mutmaßliche Planung einer bewaffneten Organisation durch Reichsbürger
und**

ANTWORT

der Landesregierung

Einem Presseartikel des „Focus“ vom 12. Januar 2018 zufolge sollen „sich Reichsbürger aus mehreren Bundesländern bei einem konspirativen Treffen mit der Bildung einer gemeinsamen militärischen Organisation befasst haben“ (https://www.focus.de/politik/deutschland/zahl-auf-15-600-gestiegen-verfassungsschutz-reichsbuerger-planen-offenbar-armee-und-bereiten-sich-auf-tag-x-vor_id_8287726.html).

1. Liegen der Landesregierung Kenntnisse zu dem oben benannten Treffen von sogenannten Reichsbürgern vor?
Wenn ja, welche sind dies im Einzelnen?
2. Waren nach Kenntnis der Landesregierung Personen aus Mecklenburg-Vorpommern an einem solchen Treffen beteiligt?
Wenn ja, wie viele?

Die Fragen 1 und 2 werden zusammenhängend beantwortet.

Die Presseberichterstattung ist der Landesregierung bekannt. Eine Veröffentlichung von Erkenntnissen der Landesregierung zu den nachgefragten Sachverhalten könnte die Wahrnehmung gesetzlicher Aufgaben der Sicherheitsbehörden beeinträchtigen. Insoweit wird auf die Zuständigkeit der Parlamentarischen Kontrollkommission gemäß §§ 27 ff. des Landesverfassungsschutzgesetzes verwiesen.